

Jahrgang 43/2016

Dienstag, 12. April 2016

Nr. 17

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Rhein-Erft-Kreis

46. Bekanntmachung

3-5

Landschaftsplan 1 „Tagebaurekultivierung Nord“ - 9. Änderung
Rekultivierungsflächen im ehemaligen Tagebaugebiet Bergheim, Fortuna-Garsdorf
und Frimmersdorf Süd

Kreisstadt Bergheim

47. Bekanntmachung

6-7

Öffentliche Bekanntmachung über einen Beschluss des Rates der Kreisstadt Bergheim
vom 14.03.2016 zum Bebauungsplan Nr. 14/Quadrath-Ichendorf – Aufhebung –

Bedburg

48. Bekanntmachung

8-12

Bekanntmachung des Jahresabschlusses der Stadt Bedburg zum 31.12.2014

Pulheim

49. Bekanntmachung 13-14

Bekanntmachung der Stadt Pulheim vom 08.04.2016 über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 Stommeln sowie über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Unterrichtung und Erörterung) gemäß § 3 (1) BauGB Bereich: zwischen Im Schildchen und Hauptstraße, Fußweg und Öffentliche Grünfläche, Tennisplätze

50. Bekanntmachung 15-16

Bekanntmachung der Stadt Pulheim vom 08.04.2016 über die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 A Stommeln und der 1. Änderung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB sowie über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a (3) BauGB i.V.m. § 3 (1) an diesem Bebauungsplan der Innenentwicklung Bereich: Hauptstraße 10 - 18

51. Bekanntmachung 17-19

Bekanntmachung der Stadt Pulheim über die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 119 Teil A Brauweiler gemäß § 13a BauGB i.V.m. § 3 (2) und 4 (2) BauGB – Bebauungsplan der Innenentwicklung – Bereich: Rosenhügel / Bernhardstraße

52. Bekanntmachung 20-21

Bekanntmachung der Stadt Pulheim über die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 125 Pulheim gemäß § 13a BauGB i.V.m. § 3 (2) und 4 (2) BauGB – Bebauungsplan der Innenentwicklung – Bereich: Friedrich-Ebert-Straße

Öffentliche Bekanntmachung des Rhein-Erft-Kreises

Landschaftsplan 1 „Tagebaurekultivierung Nord“ - 9. Änderung

Rekultivierungsflächen im ehemaligen Tagebaugebiet Bergheim, Fortuna-Garsdorf und Frimmersdorf Süd

Die oben genannte Landschaftsplan-Änderung ist gemäß § 28 Landschaftsgesetz NRW bei der Bezirksregierung Köln angezeigt worden. Mit Schreiben vom 06.04.2016 hat die Bezirksregierung Köln bestätigt, dass die vom Kreistag beschlossene und bei der Bezirksregierung Köln angezeigte oben genannte Landschaftsplan-Änderung ordnungsgemäß zustande gekommen ist.

Die Lage der Landschaftsplan-Änderung ist der Übersichtskarte zu entnehmen.

Bekanntmachungsanordnung

Die Bestätigung der Bezirksregierung Köln, dass die oben genannte Landschaftsplan-Änderung ordnungsgemäß zustande gekommen ist, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wird die Landschaftsplan-Änderung rechtsverbindlich.

Die o. g. Landschaftsplan-Änderung kann ab sofort beim Amt für Umweltschutz und Kreisplanung des Rhein-Erft-Kreises in 50126 Bergheim, Willy-Brandt-Platz 1, während der Dienststunden (montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags bis 18.00 Uhr, freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr) von jedermann eingesehen werden.

Die Landschaftspläne des Rhein-Erft-Kreises können auch im Internet unter <http://www.rhein-erft-kreis.de/> im Bereich „Verbraucher- und Umweltschutz, Umweltschutz und Kreisplanung, Der Landschaftsplan“ eingesehen werden.

Hinweis

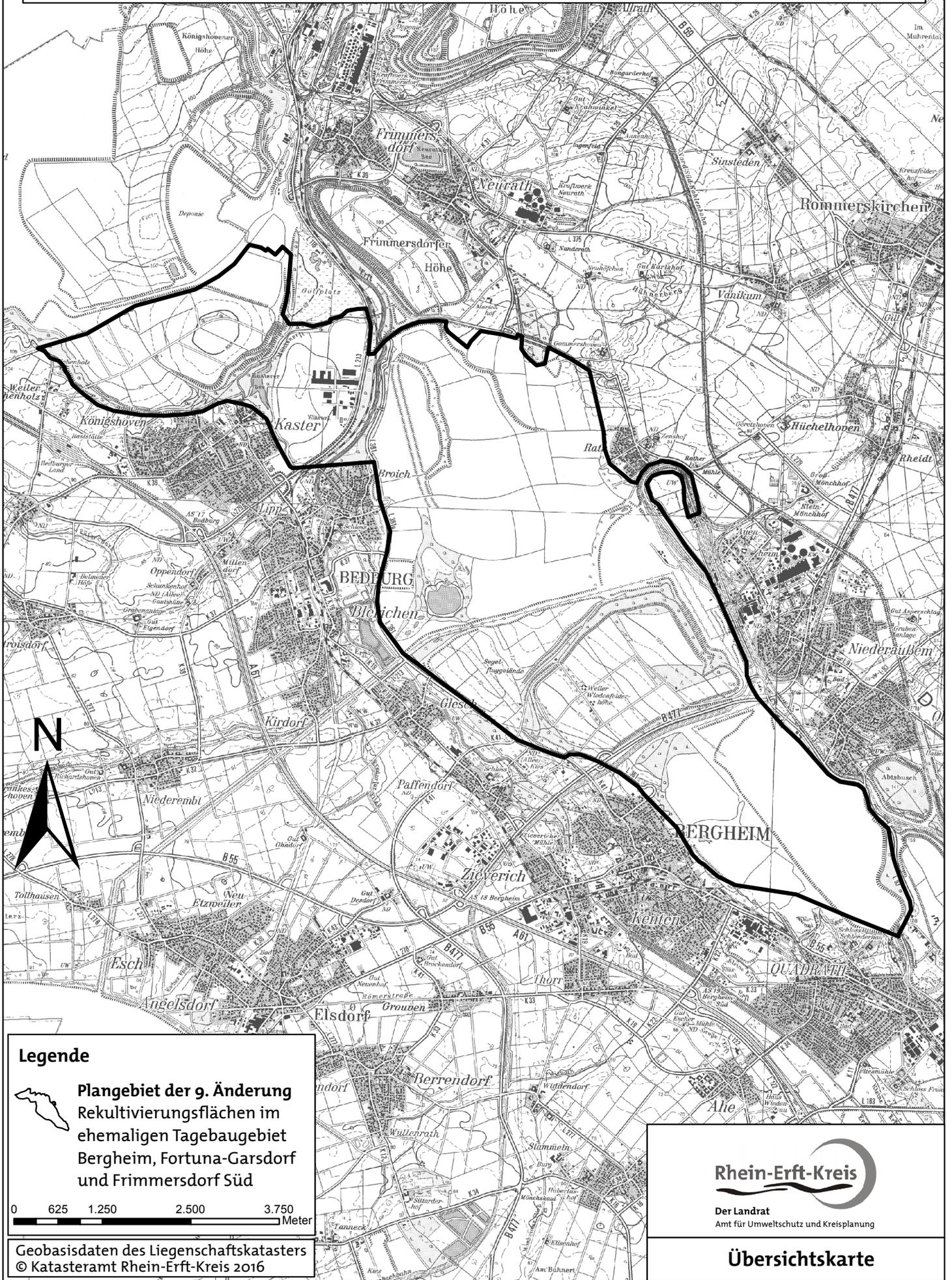
Die Verletzung der in § 30 (1) Satz 1 Nr. 1 Landschaftsgesetz NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 185), bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist gemäß § 30 (3) Landschaftsgesetz unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Rhein-Erft-Kreis geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsergebnisses gemäß § 30 (2) Landschaftsgesetz sind gemäß § 30 (3) Landschaftsgesetz unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Rhein-Erft-Kreis geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Gemäß § 5 Abs. 6 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.7.1994 kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Kreisordnung gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Landrat hat den Kreistagsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Kreis vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bergheim, 07.04.2016
gez. Michael Kreuzberg
Landrat

Landschaftsplanes 1 "Tagebaurekultivierung Nord" 9. Änderung



Legende



Plangebiet der 9. Änderung
Rekultivierungsflächen im
ehemaligen Tagebaugbiet
Bergheim, Fortuna-Garsdorf
und Frimmersdorf Süd



Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters
© Katasteramt Rhein-Erft-Kreis 2016



Der Landrat
Amt für Umweltschutz und Kreisplanung

Übersichtskarte

**Öffentliche Bekanntmachung über einen Beschluss des Rates der Kreisstadt Bergheim
vom 14.03.2016 zum Bebauungsplan Nr. 14/Quadrath-Ichendorf – Aufhebung –**

Der Rat der Kreisstadt Bergheim hat in seiner Sitzung am 14.03.2016 folgenden Beschluss gefasst:
Das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 14 / Quadrath-Ichendorf wird gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 1 (8) BauGB eingeleitet.

Plangeltungsbereich

Der Plangeltungsbereich wird durch den beigegefügteten Übersichtsplan (siehe Anlage) näher bestimmt. Der Übersichtsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Zielsetzung

Ziel ist es, den Bebauungsplan Nr. 14 / Quadrath-Ichendorf aufzuheben und eine Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben auf der Grundlage des § 34 BauGB zu ermöglichen.

Der vorstehende Beschluss des Rates der Kreisstadt Bergheim werden hiermit gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) - in der zzt. geltenden Fassung - in Verbindung mit § 25 der Hauptsatzung der Kreisstadt Bergheim vom 28.08.1996 - in der zzt. geltenden Fassung - öffentlich bekannt gemacht.

**Öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse des Ausschusses für Planung und Umwelt der Kreisstadt Bergheim
vom 10.03.2016 zum Bebauungsplan Nr. 14/Quadrath-Ichendorf – Aufhebung –**

Der Ausschuss für Planung und Umwelt der Kreisstadt Bergheim hat in seiner Sitzung am 10.03.2016 folgende Beschlüsse gefasst:

Es wird klargestellt, dass der Bebauungsplan Nr. 14 / Quadrath-Ichendorf nicht mehr angewandt wird.

Auf der Grundlage des § 3 (1) Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB abgesehen.

Für den aufzuhebenden Bebauungsplan Nr. 14 / Quadrath-Ichendorf werden die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB beschlossen.

**Öffentliche Bekanntmachung zur öffentlichen Auslegung zum
Bebauungsplan Nr. 14/Quadrath-Ichendorf – Aufhebung –**

Der o.g. Bebauungsplan (Planzeichnung und Begründung zur Aufhebung inkl. Umweltbericht) liegt in der Zeit vom

28.04.2016 bis einschließlich 30.05.2016

während der Dienststunden (montags bis mittwochs von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr und von 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr, donnerstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr und von 13.30 Uhr bis 17.45 Uhr, freitags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr) bei der

**Stadtverwaltung Bergheim, Altes Rathaus, 1. Etage,
Abt. 6.1 - Planung und Umwelt,
Bethlehemer Straße 9-11, 50126 Bergheim,**

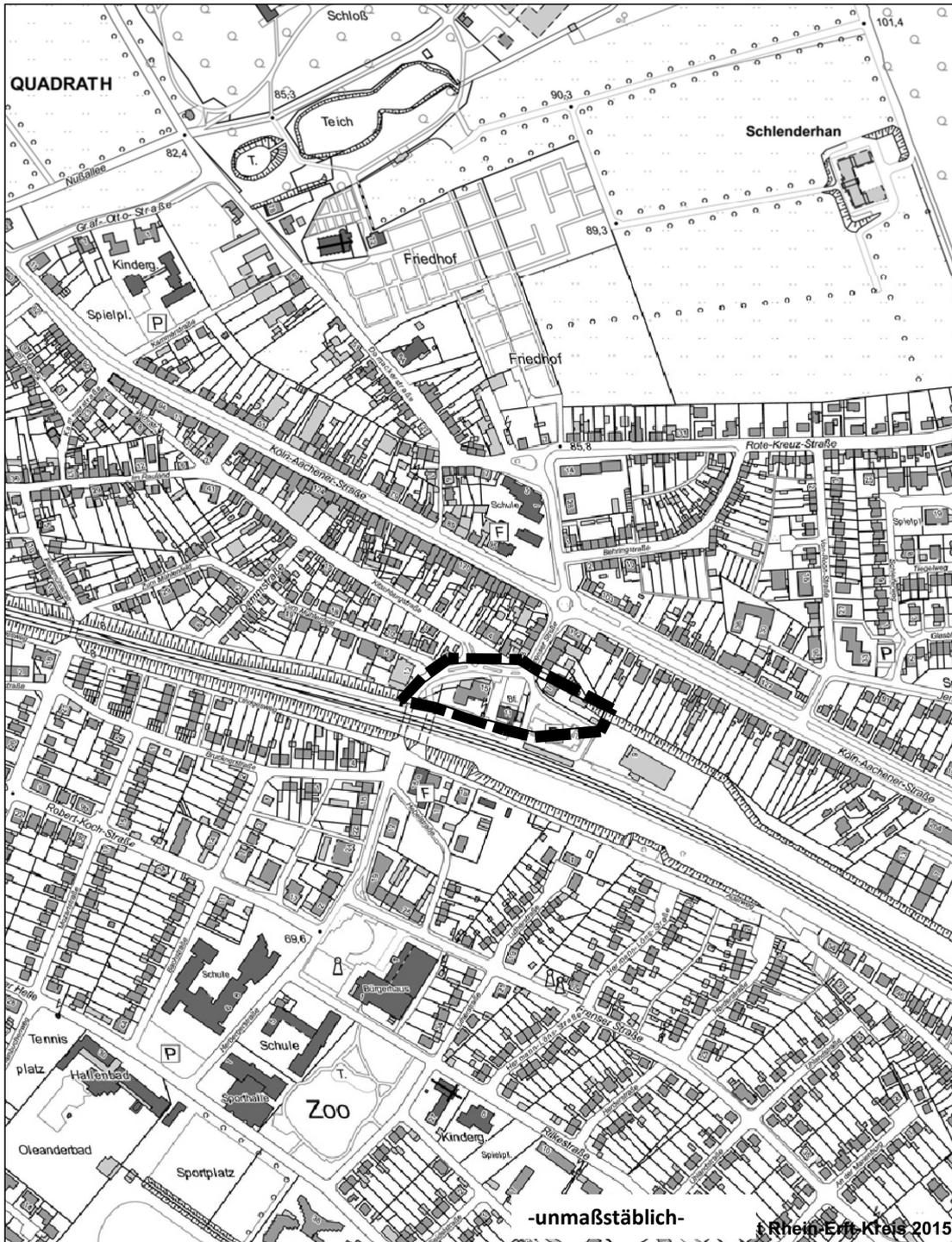
öffentlich aus.

Mündliche Auskünfte erteilt Herr Dieckmann, Zimmer 1.95.

Während der öffentlichen Auslegung des o.g. Bebauungsplans können von jedermann Stellungnahmen bei der Kreisstadt Bergheim, Abteilung 6.1 Planung und Umwelt, 1. Etage, Bethlehemer Straße 9-11, 50126 Bergheim schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Über die Stellungnahmen entscheidet der Rat der Kreisstadt Bergheim. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den o.g. Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

Weiter wird darauf hingewiesen, dass bei Aufstellung eines Bebauungsplans ein Antrag nach § 47 VwGO unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.



 <p>Fachbereich 6.1 Planung und Umwelt</p>	<p>N</p> 	<p>Stadtteil Quadrath-Ichendorf</p> <p>Bebauungsplan Nr. 14 / QU -Aufhebung-</p> <p>Maßstab 1: 5000</p>
---	--	---

Bergheim, den 07.04.2016

gez. Maria Pfordt, Bürgermeisterin

Bekanntmachung

des Jahresabschlusses der Stadt Bedburg zum 31.12.2014

Der Rat der Stadt Bedburg fasste in seiner Sitzung am 05. April 2016 folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Bedburg stellt den Jahresabschluss 2014 auf einstimmige Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fest und beschließt, den Jahresfehlbetrag von 8.257.713,35 Euro in Höhe von 3.759.802,66 Euro der Ausgleichsrücklage und in Höhe von 4.497.910,69 Euro der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen.

Die Mitglieder des Rates der Stadt Bedburg erteilen dem Bürgermeister auf einstimmige Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses die Entlastung.“

Der Jahresabschluss und der Lagebericht zum 31.12.2014 liegen zu den Öffnungszeiten der Stadtverwaltung bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme im Rathaus Kaster, Am Rathaus 1, Zimmer 6 bis 8, 50181 Bedburg zur Einsichtnahme aus.

Nachstehend werden die auf den 31.12.2014 festgestellte Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung 2014 und die Gesamtfinanzrechnung 2014 bekannt gemacht.

Stadt Bedburg

Bedburg, 06.04.2016

gez. Solbach
Bürgermeister

Gesamtergebnisrechnung

9

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Vorjahr	Fortg. Ansatz 2014	davon Erm.-Übertr.	Ist-Ergebnis 2014	davon Anteil Erm.-Übertr.	Verleich Ansatz/Ist
01	Steuern und ähnliche Abgaben	26.523.347,80	23.418.000	0	22.176.009,31	0,00	1.241.990,69
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.034.497,55	11.455.350	0	12.260.741,78	0,00	-805.391,93
03	+ Sonstige Transfererträge	108.438,09	65.300	0	167.221,77	0,00	-101.921,77
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.310.121,36	7.507.338	0	8.054.749,14	0,00	-547.411,53
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.131.660,97	1.213.397	0	1.147.678,11	0,00	65.718,89
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.668.886,98	1.467.250	0	1.726.379,08	0,00	-259.129,08
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	9.273.947,96	1.572.068	0	3.877.713,77	0,00	-2.305.646,19
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00
09	+/-Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	57.050.900,71	46.698.702	0	49.410.492,96	0,00	-2.711.790,92
11	- Personalaufwendungen	-8.993.578,73	-9.687.800	0	-9.318.418,02	0,00	-369.381,98
12	- Versorgungsaufwendungen	-507.749,32	-711.000	0	-1.540.816,98	0,00	829.816,98
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.834.674,54	-7.178.472	-513.152	-7.450.706,41	-106.670,28	272.234,73
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-4.784.530,33	-5.761.531	-100.060	-5.039.329,01	0,00	-722.201,58
15	- Transferaufwendungen	-23.561.764,51	-23.627.550	-9.250	-25.472.693,72	-9.211,29	1.845.143,72
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.159.022,62	-5.424.300	-550.368	-6.272.217,29	-228.516,27	847.917,39
17	= Ordentliche Aufwendungen	-50.841.320,05	-52.390.652	-1.172.830	-55.094.181,43	-344.397,84	2.703.529,26
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	6.209.580,66	-5.691.950	-1.172.830	-5.683.688,47	-344.397,84	-8.261,66
19	+ Finanzerträge	91.060,70	358.500	0	94.320,45	0,00	264.179,55
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-2.540.838,70	-3.941.690	0	-2.668.345,33	0,00	-1.273.344,67
21	= Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)	-2.449.778,00	-3.583.190	0	-2.574.024,88	0,00	-1.009.165,12
22	=Ordentliches Jahresergebnis (=Zeilen 18 und 21)	3.759.802,66	-9.275.140	-1.172.830	-8.257.713,35	-344.397,84	-1.017.426,78
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00
26	= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)	3.759.802,66	-9.275.140	-1.172.830	-8.257.713,35	-344.397,84	-1.017.426,78
27	+ Erträge aus int. Leistungsbeziehungen	9.624.312,58	10.542.359	0	9.985.254,65	0,00	557.104,35
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	-9.624.312,58	-10.542.359	0	-9.985.254,65	0,00	-557.104,35
29	= Ergebnis (Zeilen 26,27,28)	3.759.802,66	-9.275.140	-1.172.830	-8.257.713,35	-344.397,84	-1.017.426,78
30	Nachrichtlich nach § 43 Abs. 3 GemHVO				1.033.561,00		

Gesamtfinanzrechnung

10

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Vorjahr	Fortg. Ansatz 2014	davon Erm.-Übertr.	Ist-Ergebnis 2014	davon Anteil Erm.-Übert.	Verleich Ansatz/Ist
01	Steuern und ähnliche Abgaben	21.122.970	23.418.000	0	26.613.592	0	-3.195.592
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.956.257	9.006.100	0	8.989.152	0	16.948
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	57.315	65.300	0	56.048	0	9.252
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.339.578	7.073.420	0	7.640.751	0	-567.331
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	808.709	1.213.397	0	878.630	0	334.767
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	1.623.510	1.467.250	0	1.688.175	0	-220.925
07	+ Sonstige Einzahlungen	1.829.590	1.416.900	0	4.486.589	0	-3.069.689
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	77.083	358.500	0	92.717	0	265.783
09	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	41.815.012	44.018.867	0	50.445.652	0	-6.426.785
10	- Personalauszahlungen	-8.552.285	-9.084.900	0	-8.638.778	0	-446.122
11	- Versorgungsauszahlungen	-619.215	-935.000	0	-841.712	0	-93.288
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.719.845	-7.504.612	-841.642	-7.180.629	-113.295	-323.983
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-2.524.483	-3.941.690	0	-2.689.674	0	-1.252.016
14	- Transferausszahlungen	-22.807.084	-23.627.550	-9.250	-25.526.564	-9.211	1.899.014
15	- Sonstige Auszahlungen	-3.739.964	-4.196.308	-550.368	-3.974.860	-228.516	-221.448
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-44.962.876	-49.290.060	-1.401.260	-48.852.217	-351.022	-437.843
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.147.864	-5.271.193	-1.401.260	1.593.435	-351.022	-6.864.628
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.789.715	3.055.000	0	1.134.535	0	1.920.465
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	4.876.452	1.857.910	0	325.594	0	1.532.316
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von	0	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	215.604	236.000	0	56.835	0	179.165
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.881.771	5.148.910	0	1.516.964	0	3.631.946
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und	-26.320	-526.661	-256.847	-108.805	0	-417.856
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.215.822	-9.061.078	-1.793.266	-1.036.402	-535.628	-8.024.676
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem	-461.220	-2.191.730	-1.045.988	-691.698	-98.062	-1.500.032
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.487.150	-51.691.850	-51.512.850	-34.395.060	-34.370.560	-17.296.790
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	-4.337.454	-2.070.716	-1.240.000	-1.021.021	-522.469	-1.049.695
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0	-100.000	0	0	0	-100.000
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-8.527.966	-65.642.035	-55.848.950	-37.252.985	-35.526.719	-28.389.050
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und	353.805	-60.493.125	-55.848.950	-35.736.021	-35.526.719	-24.757.104
32	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-2.794.059	-65.764.318	-57.250.210	-34.142.586	-35.877.741	-31.621.732
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	22.889.694	4.644.175	0	42.241.024	0	-37.596.849

Gesamtfinanzrechnung							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Vorjahr	Fortg. An- satz 2014	davon Erm.- Übertr.	Ist- Ergebnis 2014	davon Anteil Erm.-Übertr.	Verleich Ansatz/Ist
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	-19.401.120	-2.055.971	-4.500	-7.945.697	-4.500	5.889.726
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.488.574	2.588.204	-4.500	34.295.327	-4.500	-31.707.123
36	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	694.515	-63.176.114	-57.254.710	152.741	-35.882.241	-63.328.855
37	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	0	0	0	0
38	+ Ein-/Auszahlungen fremde Finanzmitteln	130.545	0	0	347.725	0	-347.725
39	= Liquide Mittel (Zeilen 36 und 37 und 38)	825.060	-63.176.114	-57.254.710	500.467	-35.882.241	-63.676.581

Bilanz der Stadt Bedburg zum 31.12.2014

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013	PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		152.529,14	1.1 Allgemeine Rücklage	72.854.424,44	72.854.424,44
1.2 Sachanlagen	120.673,49		1.2 Sonderrücklagen		0,00
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		37.843.070,69	1.3 Ausgleichsrücklage	3.759.802,66	3.759.802,66
1.2.1.1 Grünflächen	37.754.691,92	933.846,25	1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-8.257.713,35	0,00
1.2.1.2 Ackerland	933.522,25	393.412,40	1.5 Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO	1.033.561,00	0,00
1.2.1.3 Wald, Forsten	393.412,40		SUMME	69.390.074,75	76.614.227,10
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	2.143.836,21	2.131.650,55	2. Sonderposten		
SUMME	41.225.462,78	41.301.979,89	2.1 für Zuwendungen	47.847.162,29	49.198.565,03
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.221.348,44	1.242.198,89	2.2 für Beiträge	17.590.961,76	17.208.539,72
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	37.500.323,13	38.312.719,65	2.3 für den Gebührenaussgleich	531.061,02	503.338,65
1.2.2.2 Schulen	579.901,77	693.831,95	2.4 Sonstige Sonderposten	2.606,66	2.764,24
1.2.2.3 Wohnbauten	27.311.575,43	28.039.250,30	SUMME	65.971.791,73	66.913.227,64
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	66.613.148,77	68.288.000,79	3. Rückstellungen		
SUMME	23.040.755,22	23.041.263,91	3.1 Pensionsrückstellungen	17.743.254,00	16.275.400,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen	3.073.188,83	3.174.929,14	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	1.942.678,31	1.868.881,83	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	1.167.663,44	579.490,23
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00	3.4 Sonstige Rückstellungen	1.021.704,54	1.276.490,24
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	31.209.917,99	31.934.058,84	SUMME	19.932.621,98	18.131.380,47
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	46.390.645,47	46.890.400,86	4. Verbindlichkeiten		
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	0,00	0,00	4.1 Anleihen	0,00	0,00
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
SUMME	103.714.507,51	105.040.652,75	4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	287.275,21	295.121,92	4.2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	66.248,90	66.248,90	4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.942.678,31	1.868.881,83	4.2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.243.761,52	2.287.754,51	4.2.5 von Kreditinstituten	55.373.057,71	22.813.545,50
1.2.8 Geleisete Anzählungen, Anlagen im Bau	636.132,19	211.182,76	4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	19.600.000,00	17.000.000,00
SUMME	5.176.096,13	4.729.189,92	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtsch. gleichkommen	28.840.080,52	29.700.551,23
1.3 Finanzanlagen	0,00	0,00	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.159.348,48	2.054.156,16
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	6.868.774,39	5.900.317,36
1.3.2 Beteiligungen	38.223.699,00	2.795.078,00	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	4.551.062,90	3.353.497,55
1.3.3 Sondervermögen	322.457,87	306.926,37	4.8 Erhaltene Anzahlungen	615.113,76	0,00
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	SUMME	116.997.437,76	80.822.067,80
1.3.5 Ausleihungen	0,00	0,00	5. Passive Rechnungsabgrenzung	8.443.811,81	8.448.348,39
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00			
1.3.5.2 an Beteiligungen	115.212,16	140.622,28			
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00			
1.3.5.4 an Beteiligungen	86.043,43	109.724,83			
1.3.5.5 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00			
SUMME	38.747.412,46	3.352.351,48			
2. Umlaufvermögen					
2.1 Vorräte	3.711.717,39	3.483.328,39			
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00			
2.1.2 Geleisete Anzahlungen	0,00	0,00			
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.114.763,19	14.311.172,22			
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	1.194.087,28	1.065.634,28			
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	333.701,42	321.835,08			
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.894.547,22	2.409.611,99			
2.4 Liquide Mittel	16.248.816,50	21.591.581,96			
SUMME	6.889.620,39	6.472.965,47			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00			
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00			
BILANZSUMME	280.735.738,03	250.929.251,40	BILANZSUMME	280.735.738,03	250.929.251,40

**Bekanntmachung der Stadt Pulheim vom 08.04.2016 über
die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 Stommeln sowie über die frühzeitige
Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Unterrichtung und Erörterung) gemäß § 3 (1) BauGB
Bereich: zwischen Im Schildchen und Hauptstraße, Fußweg und Öffentliche Grünfläche, Tennisplätze**

Der Planungsausschuss der Stadt Pulheim hat in seiner Sitzung am 09.03.2016 die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 Stommeln für den o. a. Bereich gem. § 2 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) beschlossen.

Ziel der Planung ist die planungsrechtliche Sicherung der bestehenden Situation.
Lage und Abgrenzung des Änderungsbereiches sind aus anliegendem Übersichtsplan ersichtlich.

- Aufstellungsbeschluss

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) öffentlich bekanntgemacht. Des Weiteren hat der Planungsausschuss der Stadt Pulheim in seiner Sitzung am 09.03.2016 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 Stommeln beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt in der Zeit

vom 20.04.2016 bis 11.05.2016 einschließlich

während der Dienststunden: montags bis mittwochs von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr. Die Unterlagen liegen im Rathaus der Stadt Pulheim, Alte Kölner Straße 26, 2. Obergeschoss, im Plankasten im Flur gegenüber dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Demografie zur Einsicht aus.

Während der Auslegungsfrist kann die Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) Stellungnahmen zu dem Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung abgeben.

BEKANNTMACHUNGSANORDNUNG

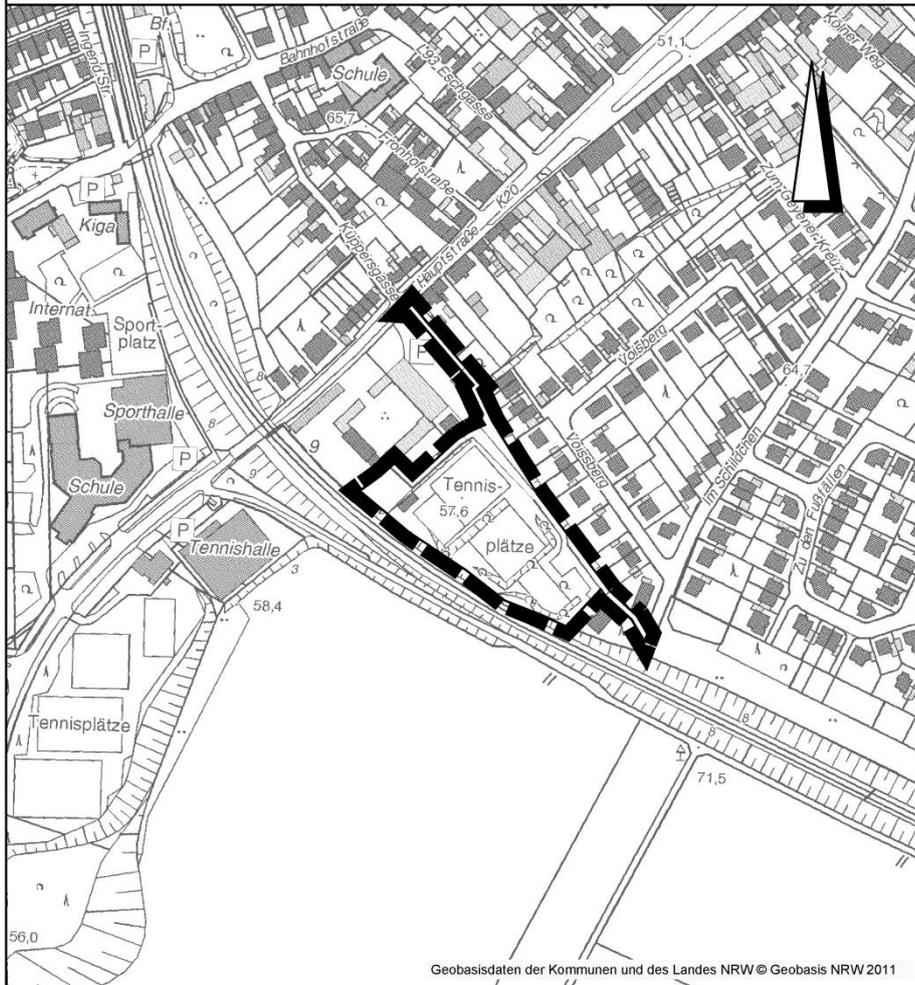
Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) öffentlich bekanntgemacht.

Pulheim, den 08.04.2016

gez.
Jens Batist
Erster Beigeordneter

Aushang: vom 12.04.2016
bis 12.05.2016

BP 26 Stommeln 1.Änderung
Im Schildchen-Hauptstraße



Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2011

 Geltungsbereich

M 1:5000

**Bekanntmachung der Stadt Pulheim vom 08.04.2016 über
die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 A Stommeln und der 1. Änderung im
beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB sowie über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a
(3) BauGB i.V.m. § 3 (1) an diesem Bebauungsplan der Innenentwicklung
Bereich: Hauptstraße 10 - 18**

Der Planungsausschuss der Stadt Pulheim hat in seiner Sitzung am 09.03.2016 die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 A Stommeln (Bereich: Hauptstraße 10 und 36) und des Bebauungsplanes Nr. 36 A Stommeln 1. Änderung (Bereich: Hauptstraße 12-18) gemäß § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) beschlossen. Der Plan erhält die Bezeichnung „Bebauungsplan Nr. 36 A Stommeln 2. Änderung“.

Ziel der Änderung ist eine planungsrechtliche Anpassung, welche die Errichtung eines Geschosswohnungsbaus mit seniorenrechtlichen Wohnungen bzw. einem Seniorenheim ermöglicht. Lage und Abgrenzung des Geltungsbereiches sind aus anliegendem Übersichtsplan ersichtlich.

- Aufstellungsbeschluss

Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) öffentlich bekanntgemacht. Der Bebauungsplan Nr. 36 A Stommeln 2. Änderung soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden.

Weiterhin hat der Planungsausschuss der Stadt Pulheim in seiner Sitzung am 09.03.2016 beschlossen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung gemäß § 13a (3) Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) durchzuführen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt in der Zeit

vom 20.04.2016 bis 11.05.2016 einschließlich

während der Dienststunden: montags bis mittwochs von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr. Die Unterlagen liegen im Rathaus der Stadt Pulheim, Alte Kölner Straße 26, 2. Obergeschoss, im Plankasten im Flur gegenüber dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Demografie zur Einsicht aus.

Während der Auslegungsfrist kann die Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) Stellungnahmen zu dem Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung abgeben.

BEKANNTMACHUNGSANORDNUNG

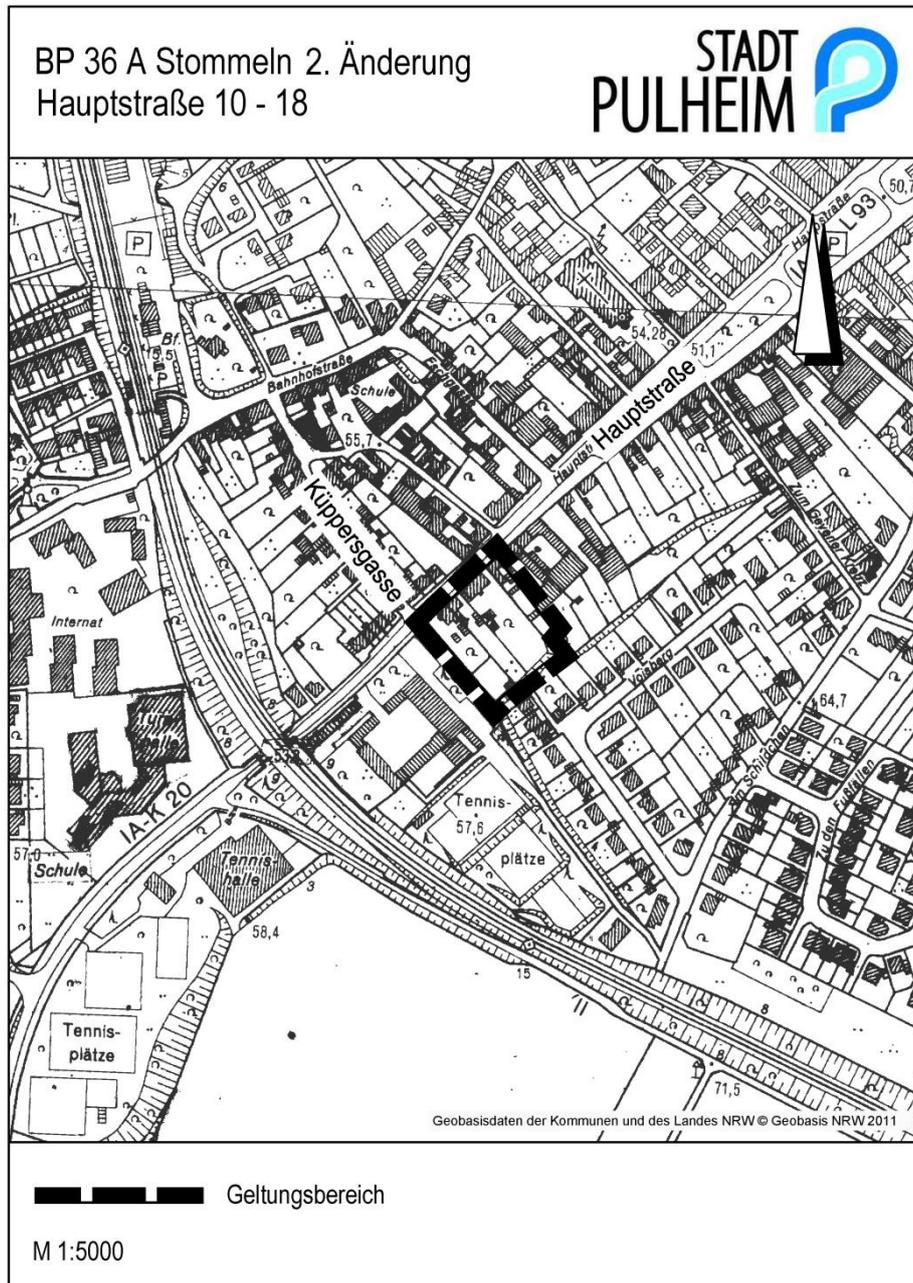
Der vorstehende Aufstellungsbeschluss wird hiermit gemäß § 2 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) öffentlich bekanntgemacht.

Pulheim, den 08.04.2016

gez.

Jens Batist
Erster Beigeordneter

Aushang: vom 12.04.2016
bis 12.05.2016



**Bekanntmachung der Stadt Pulheim über die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 119 Teil A Brauweiler gemäß § 13a BauGB i.V.m. § 3 (2) und 4 (2) BauGB
– Bebauungsplan der Innenentwicklung –
Bereich: Rosenhügel / Bernhardstraße**

Der Planungsausschuss der Stadt Pulheim hat in seiner Sitzung am 09.03.2016 beschlossen, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 119 Teil A Brauweiler gemäß § 13a (3) Nr. 2 i.V.m. § 3 (2) des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) öffentlich auszulegen.

Ziel der Planung ist die Überarbeitung der überbaubaren Grundstücksflächen unter Berücksichtigung einzelner Nachverdichtungspotenziale, die Anpassung der festgesetzten Straßenverkehrsflächen sowie die Überarbeitung und teilweise Änderung der festgesetzten Gebietstypen nach der Baunutzungsverordnung. Lage und Abgrenzung des Geltungsbereiches sind aus anliegendem Übersichtsplan ersichtlich.

Der vom Planungsausschuss beschlossene Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 119 Teil A Brauweiler liegt nebst Entwurf der Begründung sowie einer schallimmissionstechnischen Bearbeitung in der Zeit

vom 20.04.2016 bis 20.05.2016 einschließlich

während der Dienststunden - montags bis mittwochs von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr - im Rathaus der Stadt Pulheim, Alte Kölner Straße 26, 2. Obergeschoss zur Einsicht aus. Die Planzeichnung, die Begründung und die vorliegende Stellungnahme des Rhein-Erft-Kreises vom 18.06.2014, hängen im Plankasten auf dem Flur, die schallimmissionstechnische Bearbeitung kann in Raum 2.15 (Herr Brozio) eingesehen werden.

Umweltbezogene Informationen sind verfügbar:

- in den textlichen Festsetzungen

- zum Immissionsschutz

- in den Kennzeichnungen und nachrichtlichen Übernahmen

- zur Wasserschutzzone
- zu Kampfmitteln
- zu Bodendenkmälern

- in der Planbegründung

- zum Natur und Artenschutz
- zum Immissionsschutz (Geräuscheinwirkung durch Straßenverkehr)

- in der Stellungnahme des Rhein-Erft-Kreises vom 18.06.2014

- zum Immissionsschutz (Gewerbe)

Weitere umweltbezogene Informationen sind verfügbar

- in der schallimmissionstechnischen Bearbeitung des Ingenieurbüros
Grasy und Zanolli Engineering vom 13.02.2016

- zum Immissionsschutz (Geräuscheinwirkung durch Straßenverkehr)

Mündliche Auskunft erteilen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Demografie (Zimmer 2.14) während der Sprechzeiten: montags bis mittwochs von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr.

Während der Auslegungsfrist kann die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) Stellungnahmen zu dem Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung abgeben. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Die Stadt Pulheim prüft die fristgerecht abgegebenen Stellungnahmen und teilt das Ergebnis mit.

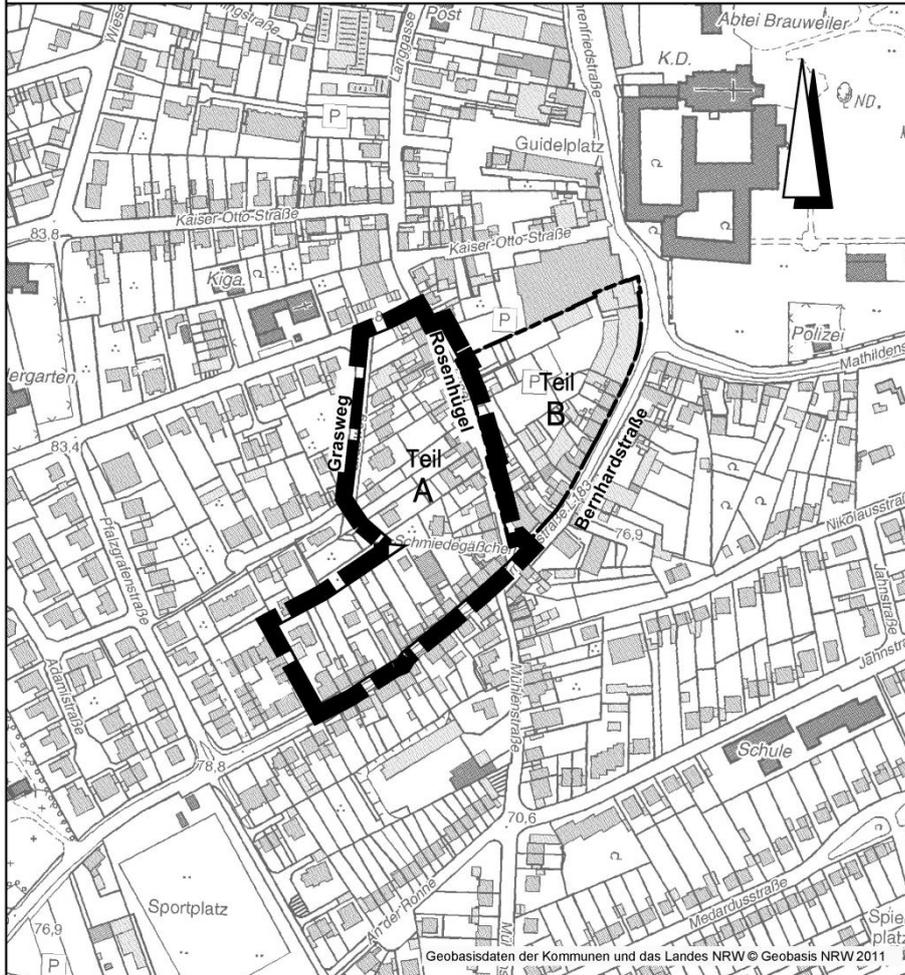
Ein Normenkontrollantrag gemäß § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung gegen diesen Bebauungsplan ist unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

In Vertretung

gez.
Jens Batist
Erster Beigeordneter

Aushang: vom 12.04.2016
bis 24.05.2016

BP 119 Teil A Brauweiler
Rosenhügel / Berndhardstrasse



Geobasisdaten der Kommunen und das Landes NRW © Geobasis NRW 2011

Geltungsbereich

M 1:5000

**Bekanntmachung der Stadt Pulheim über die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 125 Pulheim gemäß § 13a BauGB i.V.m. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB
– Bebauungsplan der Innenentwicklung –
Bereich: Friedrich-Ebert-Straße**

Der Planungsausschuss der Stadt Pulheim hat in seiner Sitzung am 09.03.2016 beschlossen, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 125 Pulheim gemäß § 13a i.V.m. § 3 (2) des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) öffentlich auszulegen.

Ziel der Planung ist, für ein Nachverdichtungsprojekt in einem Teilbereich einer Siedlung aus den 1960er Jahren die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Zusätzliche neue Wohnungen in Reihen- und Mehrfamilienhäusern sollen in einer Größenordnung von 35 -40 entstehen.

Lage und Abgrenzung des geänderten Geltungsbereiches sind aus anliegendem Übersichtsplan ersichtlich.

Der vom Planungsausschuss beschlossene Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 125 Pulheim liegt nebst Entwurf der Begründung sowie einer Artenschutzprüfung in der Zeit

vom 20.04.2016 bis 20.05.2016 einschließlich

während der Dienststunden - montags bis mittwochs von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr - im Rathaus der Stadt Pulheim, Alte Kölner Straße 26, 2. Obergeschoss, im Plankasten im Flur gegenüber dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Demografie, zur Einsicht aus.

Umweltbezogene Informationen sind verfügbar:

- in der Planbegründung zu den Schutzgütern:

- Mensch
- Tiere und Pflanzen
- Boden
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft

- in der Artenschutzprüfung zum Vorkommen planungsrelevanter Arten im Plangebiet

Mündliche Auskunft erteilen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Demografie (Zimmer 2.16) während der Sprechzeiten: montags bis mittwochs von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr.

Während der Auslegungsfrist kann die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) Stellungnahmen zu dem Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung abgeben. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Die Stadt Pulheim prüft die fristgerecht abgegebenen Stellungnahmen und teilt das Ergebnis mit.

Ein Normenkontrollantrag gemäß § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung gegen diesen Bebauungsplan ist unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

In Vertretung

gez.
Jens Batist
Erster Beigeordneter

Aushang: vom 12.04.2016
bis 24.05.2016

